BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag der Freien Hansestadt Bremen
Haus der Bürgerschaft | Am Markt 20 | 28195 Bremen

Landtag
21. Wahlperiode

Drucksache 21/2105

30. Oktober 2026

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP

Länderübergreifende Krankenhausplanung zwischen Bremen und Niedersachsen: Welche Ergebnisse wurden erzielt?

Die Krankenhäuser im Land Bremen versorgen in erheblichem Umfang auch Patientinnen und Patienten aus Niedersachsen. So stammten im Jahr 2020 nach Angaben des Senats fast 35% der Krankenhausbehandlungsfälle in der Stadt Bremen und rund 47% in Bremerhaven aus Niedersachsen.
Seit dem 2013 vereinbarten strukturierten Dialog und der Arbeit der „AG Umlandversorgung“ wurden wiederholt eine bessere Abstimmung und ein kontinuierlicher Informationsaustausch zur Krankenhausplanung zwischen beiden Ländern angekündigt. Mehr als dreizehn Jahre nach der ursprünglichen Vereinbarung stellt sich nicht nur die Frage, welche konkreten Ergebnisse Bremen und Niedersachsen zwischenzeitlich erzielt haben. Vielmehr erhält die Thematik durch die derzeitigen Veränderungen der Krankenhauslandschaft sowohl im niedersächsischen Umland als auch im Land Bremen eine neue Aktualität: In Delmenhorst entsteht derzeit das neue Delme-Klinikum, in Twistringen-Borwede eine Zentralklinik für den Landkreis Diepholz. Demgegenüber soll der Bremer Klinikverbund Gesundheit Nord einer Schrumpfkur unterzogen werden und auch die Zukunft des Krankenhauses Land Hadeln in Otterndorf wird diskutiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Gespräche, gemeinsame Sitzungen und sonstige Abstimmungen zur länderübergreifenden Krankenhausplanung haben seit der Vereinbarung aus 2013 zwischen Bremen und Niedersachsen stattgefunden? (Bitte neben den Terminen und Beteiligten auch die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse chronologisch darstellen.)
2. Welche Vereinbarungen zur Abstimmung der Krankenhausplanung wurden seit 2013 konkret getroffen und umgesetzt; welche befinden sich in Vorbereitung und welche wurden verworfen und aus welchen Gründen?
3. Welche Ergebnisse hat die in 2015 eingerichtete „AG Umlandversorgung“ erzielt?
   a. Welche Schlussfolgerungen wurden aus den Berichten zur Geburtshilfe und Neonatologie aus Mai 2016 gezogen; welche aus denen zur Bedeutung der Bremerhavener Krankenhäuser für die stationäre Versorgung des niedersächsischen Umlands aus August 2016 und zum Zwischenbericht zur psychiatrischen Versorgung aus März 2017? (Wir bitten außerdem um Übermittlung der genannten Berichte.)
   b. Welche Empfehlungen und Maßnahmen wurden umgesetzt; welche nicht und aus welchen Gründen?

4. In welcher Form wird der Magistrat der Stadt Bremerhaven an der länderübergreifenden Krankenhausplanung und Abstimmungen über wesentliche Veränderungen der Krankenhausstruktur im niedersächsischen Umland beteiligt und welche Ergebnisse hat dessen Beteiligung an der „AG Umlandversorgung“ hervorgebracht?
5. Welche Konsequenzen wurden aus den Feststellungen des niedersächsischen Landrechnungshofs im Jahresbericht 2018, insbes. dem Abschnitt „Krankenhausplanung im Bremer Umland – viel Lärm um nichts?“, gezogen und welche Veränderungen wurden seitdem auf den Weg gebracht?
6. In welcher Form ist das Land Bremen in folgende Planungen zur künftigen Krankenhausstruktur eingebunden:
   a. Delme-Klinikum in Delmenhorst,
   b. Zentralklinikum im Landkreis Diepholz,
   c. Krankenhaus Land Hadeln in Otterndorf?
   d. Falls ja, jeweils seit wann, in welcher Form und mit welchen Ergebnissen? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
   e. Inwiefern und mit welchem Ergebnis wurden jeweils mögliche Auswirkungen auf Patientenströme, Leistungsangebote und Behandlungskapazitätsbedarfe der Kliniken in Bremen und Bremerhaven untersucht und mit Niedersachsen erörtert? Falls ja, mit welchem Ergebnis; falls nein, warum nicht?
7. Inwiefern sind Kliniken im Land Bremern für die Versorgung der niedersächsischen Bevölkerung wesentlich und wie stellt der Senat sicher, dass die gesetzliche Verpflichtung zur länderübergreifenden Abstimmung der Krankenhausplanung gemäß § 6 Abs. 2 Krankenhausfinanzierungsgesetz erfüllt wird?
8. Welche Verfahren bestehen, um geplante Veränderungen von Standorten, Fachabteilungen, Leistungsangeboten und Behandlungskapazitäten frühzeitig zwischen Bremen und Niedersachsen abzustimmen?
9. Wie viele voll- und teilstationäre Krankenhausbehandlungsfälle entfielen in Bremen und Bremerhaven in den Jahren 2021 bis 2025 jeweils jährlich auf Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz in Niedersachsen? (Bitte absolute Zahlen und Anteile getrennt nach Stadtgemeinde, Klinik und Fachabteilung sowie Herkunftsgemeinde/-landkreis darstellen.)
10. Welche Prognosen oder Szenarien liegen dem Senat dazu vor, wie sich die geplanten Veränderungen in Delmenhorst sowie den Landkreisen Diepholz und Cuxhaven auf die Zahl und Herkunft der Patientinnen und Patienten sowie auf die Auslastung und Kapazitätsbedarfe der Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven auswirken werden und welche Daten und Annahmen liegen dieser Einschätzung zugrunde?
11. Wie werden die genannten Veränderungen in Niedersachsen bei der Fortschreibung des Bremer Krankenhausplans und der Planung der Leistungsgruppen und Versorgungsaufträgen berücksichtigt?
12. Welche Gespräche oder Vereinbarungen hat es zwischen Bremen und Niedersachsen zur langfristigen Sicherung der Kinder- und Jugendmedizin am Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide gegeben und inwiefern wurde eine angemessene finanzielle Beteiligung Niedersachsens an notwendigen Investitionen und regional bedeutsamen Vorhaltestrukturen erörtert? Falls ja, mit welchem Ergebnis, falls nein, warum nicht?

13. Welche konkreten Schritte plant der Senat, um eine kontinuierliche Abstimmung der Krankenhausplanung mit Niedersachsen sicherzustellen und welche Ziele, Zuständigkeiten und überprüfbaren Ergebnisse sind vorgesehen?

Beschlussempfehlung:

Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP

Anlage(n):

- keine